

Bentlage & Pflugmacher – Al্পspitzstr. 8A – 82319 Starnberg

Familie  
Barbara und Klaus Muster  
Vorgartenstrasse 2  
85551 Starnberg

Stefan und Petra Pflugmacher  
Al্পspitzstr. 8A  
D-82319 Starnberg  
Tel.: +49 (0)8151 / 66 66 60  
Fax: +49 (0)8151 / 44 79 11  
info@pflugmacher.de  
www.pflugmacher.de

Starnberg, 20. November 2008

## 700 Milliarden Durcheinander - Sondernewsletter zur Finanzkrise



Liebe Familie Muster,

geht GM nun Pleite, bekommt Opel Staatshilfe?  
Wie viele Katastrophenmeldungen bekommen wir noch zu hören?

Die US-Regierung und die FED haben klargestellt, dass das bisherige Rettungspaket von \$ 700 Mrd. weder für die Übernahme fauler Kredite noch für die Automobilindustrie eingesetzt werden wird – nur zur „Stabilisierung der Finanzmärkte“..., was auch immer das sein mag. Die deutsche Regierung „prüft“, ob sie Opel helfen kann.

Das alles klang vor 6 Wochen noch ganz anders. Und die ersten knapp \$ 300 Mrd. des US-Pakets sind schon weg. Das Verlangen nach Staatshilfen wird immer lauter in den USA. Langsam wird klar, dass das Geld knapp wird und die Regierungen verstehen, dass das „Verteilen von Geld“ (=das Urtalent von Politikern) bald an seine Grenze stößt. Griechenland und Spanien schaffen es kaum noch einen ganz normalen Staatskredit zu verlängern – bzw. der Kapitalmarkt möchte dafür zwischen 16% - 19%.

### **Wir informieren Sie seit geraumer Zeit über die Gefahr der Geldentwertung.**

Entweder verlieren Sie Ihr Vermögen durch die Finanzkrise, oder, wenn wir durch diese Krise durch sind, durch die **Abgeltungsteuer**, die Ihnen langfristig einen enormen Schaden zufügen wird. Abhilfe schaffen hier nur Sachwerte, weswegen wir anregen, jetzt in Aktienfonds zu investieren.

Ja,

- es könnte also durchaus sein, dass Aktien noch billiger werden.
- es könnte ebenso durchaus sein, dass die Aktien ihren Boden gefunden haben und wieder massiv steigen.
- es könnte durchaus sein, dass wir heute sehr gute Chancen haben.
- es könnte durchaus sein, dass wir eine Währungsreform erleben.

What, if...? Was wäre, wenn...?

## **Angenommen, wir bekämen eine weltweite Währungsreform – die Maximalkatastrophe Nummer 1 (Die Zweite kommt später):**

Das Leben ginge weiter, die Erde drehte sich immer noch.

Sparbücher, Lebensversicherungen, Zertifikate, Bausparverträge, etc., alle Geldwerte würden wertlos werden. Auch die Guthaben derjenigen Fondsmanager, die „immer rechtzeitig aus dem Markt aus- oder einsteigen“...

### **Unsere ernsthaften Fragen dazu lauten:**

#### **Würde in einem solchen Fall...**

- **Niemand mehr Coca Cola trinken?**
- **Niemand mehr Tempo Taschentücher nutzen?**
- **Niemand mehr von A nach B fahren müssen?**
- **Niemand mehr Brot essen?**
- **Niemand mehr die Zähne putzen, MP3 Player hören, Aspirin einnehmen, eine Badehose anziehen und Schwimmen gehen, usw.?**

Wer stellt dann diese Produkte her?

Genau, es sind Firmen, die es immer geben wird. Aktiengesellschaften, deren Besitz als Sachwerte anzusehen sind. **Sachwerte, die eine derartige Krise überstehen, auch wenn die Kurse zwischendurch fallen.**

### **Was ist die zweite Krise?**

Die meisten unserer Klienten werden nicht nur die heutige Krise erleben, **sondern ihre eigene persönliche Finanzkrise im Alter.**

**Welche Alternativen haben Sie, langfristig ein Vermögen aufzubauen, um die Chance zu haben daraus im Alter finanziell unabhängig leben zu können?**

### **Unsere Hauptbotschaft lautet:**

Als Ruhestandsplaner haben wir, sehr geehrte Klienten, eine enorme Verantwortung. Wir müssen gemeinsam überlegen, mit welcher Strategie Sie heute eine Chance haben, langfristig ausreichend Vermögen aufzubauen, egal ob Finanzkrise oder nicht.

Als Ruhestandsplaner haben wir eine Erkenntnis:

Es gibt keinerlei Sicherheit, oder glauben Sie noch daran, dass ein Sparbuch sicher ist? Sie müssen diese Risiken akzeptieren, um die Chance zu haben, im Alter finanziell unabhängig zu leben.

- Daraus ergibt sich eine Strategie der individuell erforderlichen Rendite.
- Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit der individuell erforderlichen Sparrate.
- Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit des individuell erforderlichen Ruhestandsvermögens.
- Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit der individuell erforderlichen Anspardauer.
- Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit zu überlegen, mit welcher Anlageform überhaupt eine Chance besteht, im Alter ausreichend versorgt zu sein.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, heute so zu investieren, dass langfristig überhaupt eine Chance besteht, nach Inflation ausreichend Kapital aufzubauen, trotz Finanzkrise und aller kommenden Kursverlustzeiten.

**Sehr geehrte Kunden, überlegen Sie doch, dass Sie mit Staatsanleihen, Bausparverträgen, Sparbüchern, mit allen Anlageformen, die keine ausreichende Rendite bringen können, im Alter garantiert pleite sein werden, egal wie die Finanzkrise ausgehen wird.**

**Welche Alternativen haben Sie?**

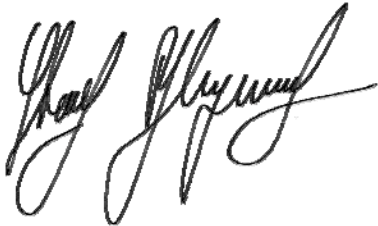
**Überlegen Sie, dass die Abgeltungsteuer langfristig wesentlich mehr Steuern kosten wird als die heutige Finanzkrise. Also jetzt rein in steuerbegünstigte Aktien-Dachfonds! Sofort!**

Vereinbaren Sie heute noch einen Termin mit uns um zu besprechen, wie Sie durch die Krise kommen. Persönlich, online, telefonisch, tagsüber, nachts, am Wochenende, egal!

Wann immer Sie etwas stört, bekümmert, nervt, ängstigt, sprechen Sie mit uns. Unser Ziel ist Ihre finanzielle Unabhängigkeit, egal durch welche Krise wir durch müssen.

**In der Krise erkennst Du Deinen Freund!**

Es grüßt Sie herzlich Ihr Fachwirt für Finanzberatung Stefan Pflugmacher

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Pflugmacher', written in a cursive style.

## **ANLAGE zum Sondernewsletter zur Finanzkrise November 2008**

### **Auszug aus NTV vom 13.10.2008**

Inside Wall Street - 700-Mrd.-Durcheinander  
*Von Lars Halter, New York*

Mit einem 700 Mrd. Dollar schweren Hilfspaket wollte die US-Regierung vor sechs Wochen die angeschlagene Bankenbranche retten. Einige Finanzhäuser haben sich mittlerweile aus dem Steuertopf reichlich bedient, und das passt vielen Amerikanern gar nicht, zumal die versprochene Übersicht nicht gegeben ist.

Eigentlich sollte die größte staatliche Hilfe, die der Wall Street jemals gegeben wurde, von Washington aus streng überwacht werden... doch die Realität sieht ganz anders aus. Zunächst hat das Finanzministerium unter Minister Henry Paulson gerade den Ansatz des gesamten Pakets geändert und will nicht mehr, wie ursprünglich geplant, kaputte Anlagen übernehmen. Vielmehr schießt man den Unternehmen einfach Geld zu.

Zudem hat man neben den ursprünglich angepeilten Großbanken immer mehr Unternehmen in den Reihen der Hilfesuchenden akzeptiert, darunter die Kreditkarten-Konzerne, den Versicherer AIG, Investmenthäuser wie Goldman Sachs und Morgan Stanley - Gerüchten zufolge könnten auch General Electric und der kaputte Autobauer General Motors Zugriff auf die Gelder haben, in beiden Fällen über ihre Finanztöchter.

Die Nachfrage nach Geld aus dem Hilfsfonds ist gewaltig. Zahlreiche Unternehmen haben den nur zwei Seiten langen Antrag ausgefüllt; mittlerweile sind rund 290 Mrd. Dollar verbraucht. Doch in einem anderen Punkt ist man in Washington noch keinen Schritt weitergekommen: Die versprochenen, und im Gesetz um den Hilfs-Fond verankerten Aufsichtsbehörden bestehen noch nicht.

"Das ist ein riesiges Durcheinander", urteilt Eric M. Thorson, der Generalinspekteur im Finanzministerium. "Ich glaube nicht, dass zurzeit irgendjemand weiß, wie wir das Ganze unter Kontrolle und Aufsicht bekommen können." Die Frist für einen ersten Aufsichtsbericht über die Verteilung der Gelder ist bereits abgelaufen, ohne dass ein solcher begonnen worden ist; Schlüsselstellen in den Bereichen Aufsicht und Verwaltung sind noch nicht besetzt; die Ernennung eines Spezialaufsehers muss vom Kongress bestätigt werden, was sich über Monate hinziehen könnte.

Unterdessen reagieren Amerikaner gereizt auf das Wort "Bailout", was direkt mit dem Benehmen der Banken an der Wall Street zu tun hat. Die scheinen sich nämlich nicht an die Auflage zu halten, nach der Banken, die Gelder aus dem Hilfs-Fond beziehen, keine Boni an das Management zahlen dürfen. Offiziell heißt es: Die Hilfgelder werden nicht direkt zur Zahlung von Boni verwendet - dass sie aber intern nur umgebucht werden, leuchtet auch dem unbedarften Beobachter (und Steuerzahler) ein.

Überdenken will man das an der Wall Street indes nicht: Goldman Sachs und Morgan Stanley haben bereits mehrere Mrd. für Management-Boni zurückgelegt. Und allgemein dürften die Sonderzahlungen im Finanzsektor zwar um 40 bis 70 Prozent zurückgehen, doch fallen sie immer noch großzügig aus und liegen bei manchen Managern beim Vierfachen des eigentlichen Gehalts. "Die Banken haben keine andere Wahl", erklärt John Challenger von der Job-Beratung Challenger Gray & Christmas die Lage zu rechtfertigen.

"Wenn einige Banken diese Boni nicht mehr zahlen, verlieren sie einen

Wettbewerbsvorteil." Das Risiko: Top-Leute könnten zur Konkurrenz wechseln. Daher wird die Forderung lauter, Boni in diesem Jahr gesetzlich zu verbieten. Verständlich ist der Aufruhr, denn dem Steuerzahler, der letztlich für das Hilfspaket gerade stehen muss, ist egal, ob die Manager weniger verdienen als im Vorjahr - sie verdienen immer noch ein Vielfaches dessen was der durchschnittliche Arbeitnehmer einstreicht, der sein Unternehmen wohlgemerkt nicht in eine Milliardenkrise gesteuert hat.

Das Gezerre um das 700 Mrd. Dollar schwere Rettungspaket der Regierung wird sich noch lange hinziehen, und Anleger schauen genau hin. Sie haben bereits erkannt, dass die Hilfe nicht so ankommt wie sie geplant war, weshalb der Markt auf die gigantische Finanzspritze auch nicht reagiert hat.